



Positionen und Forderungen der Initiative „WIRtschaft für Thüringen“ zur Landtagswahl 2024



Einleitung

Am 1. September 2024 entscheiden die Wähler in Thüringen, welche Parteien und Mandatsträger zukünftig die wichtigen Zukunftsentscheidungen für unseren Freistaat treffen sollen. Von dem Wahlergebnis wird auch abhängig sein, welche Rahmenbedingungen die Thüringer Unternehmen von der Landespolitik zu erwarten haben. Um auf diese Frage bereits einzugehen, eröffnen wir, die Initiative „WIRtschaft für Thüringen“, welche die größten Verbände und Kammern der Wirtschaft Thüringens vereint, unserer Unternehmerschaft die Möglichkeit, die Spitzenvertreter der Parteien live auf unserem **Wahlpodium am 26. August 2024, ab 16 Uhr im Großen Saal der IHK Erfurt**, kennen zu lernen und sich mit ihren Themen einzubringen.

Mit dem vorliegenden Positions- und Forderungspapier erheben wir für unsere Unternehmerschaft die Stimme und adressieren gemeinsame wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen an die Parteien.

In den vergangenen Jahren hat Thüringen einige Erfolge als Wirtschaftsstandort verzeichnet. Zentral ist dabei die starke Resilienz der hiesigen Wirtschaft, die auch aufgrund ihrer Kleinteiligkeit in vielen Wirtschaftsbereichen die vergangenen Krisen gemeistert hat. Diese Erfolge sind das Ergebnis eines starken Engagements der Unternehmen.

Dennoch stehen Thüringen und seine Unternehmen vor bedeutenden Herausforderungen. Die Digitalisierung und der technologische Wandel erfordern kontinuierliche Anpassungen und Investitionen. Zudem stellt der demografische Wandel die Unternehmen vor die Aufgabe, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Einen sehr hohen Investitionsbedarf sehen wir in den Bereichen digitale und Verkehrsinfrastruktur. Trotz einiger Fortschritte gibt es immer noch zahlreiche Defizite, insbesondere im Bereich der digitalen Infrastruktur und des Verkehrsnetzes. Diese Mängel beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standorts. Bürokratische Hürden und langwierige Genehmigungsverfahren bremsen Investitionen und Innovationen. Die Förderung der Thüringer Wirtschaft muss künftig der kleinteiligen Unternehmensstruktur noch stärker Rechnung tragen als bisher.

In dieser entscheidenden Dekade streben wir danach, Thüringen nicht nur durch ökonomische Stärke und Innovationskraft zu definieren, sondern auch als Synonym für herausragende Lebensqualität, kulturelle Vielfalt und optimale Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Stärkung des Unternehmertums, der Ausbau der digitalen Infrastruktur, der Abbau bürokratischer Hürden, die Modernisierung der Verwaltung und eine fortschrittliche Energie-, Umwelt- und Industriepolitik sind Schlüssel zu einer unternehmensfreundlichen Umgebung, die Investitionen und Gründungen fördert.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Schaffung einer attraktiven Infrastruktur, die die ländlichen Regionen Thüringens aufwertet und nahtlos mit urbanen Zentren verbindet. Die Förderung beruflicher Bildung, die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Betonung der dualen Ausbildung als Eckpfeiler unserer Wirtschaft sind entscheidend, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den Wirtschaftsstandort Thüringen zu stärken.

Vor diesem Hintergrund haben die Wirtschaftskammern und -verbände Thüringens ein umfassendes Forderungspapier zur Landtagswahl 2024 erstellt. Dieses Papier zielt darauf ab, die Weichen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zu stellen und die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter zu verbessern.

Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Unternehmen schaffen

In einer Zeit multipler Wandlungsprozesse und Herausforderungen stellt sich der Wirtschaftsstandort Thüringen zukunftsorientiert und entschlossen den bevorstehenden Aufgaben. Zur Wahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationskraft unseres Freistaates erachten wir umfassende Reformen als unerlässlich. Es bedarf verlässlicher und fairer Regeln sowie stabiler politischer Verhältnisse und eines handlungsfähigen Staates, um den Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit zu garantieren.

Unsere Forderungen und Positionen lauten:

Schaffung klarer und fairer Regeln ohne Wettbewerbsverzerrungen

- **Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und politische Stabilität schaffen:** Die politischen Entscheidungsträger sollen verlässliche und planbare wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen, die mehr Entscheidungsspielräume bieten und Eigenverantwortlichkeit stärken. Die Regierungsbildung nach der Wahl soll zügig erfolgen.
- **Effektive Arbeitsregierung schaffen:** Die Landespolitik sollte sich auf wesentliche Ziele konzentrieren, diese konsequent verfolgen und deren Wirksamkeit evaluieren.
- **Rechtskonformität und faire Wettbewerbsbedingungen herstellen:** Konflikte mit übergeordnetem Recht sind zu vermeiden, um Rechts- und Planungssicherheit zu garantieren. Ferner sollten Landesgesetze keine erschwerenden Regelungen enthalten, die den Unternehmen in Thüringen Wettbewerbsnachteile verschaffen. Zudem sollte die Landespolitik sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass EU-weite Regelungen vom deutschen Gesetzgeber nicht noch weiter verschärft werden.
- **Entbürokratisierung während des Gesetzgebungsprozesses sicherstellen:** Für neue notwendige Gesetze, die Unternehmen durch mehr Bürokratie belasten, sollen entsprechende Entlastungsmaßnahmen durch "One in, one"-, „One in, two out“-Prinzipien oder Sunset-Klauseln an anderer Stelle erfolgen. Ein Regelungsbedürfnis ist stets zu prüfen und die Wirksamkeit zu evaluieren.
- **Praktikabilität von Gesetzen gewährleisten:** Bereits im Entstehungsprozess von Gesetzen sind die finanziellen und bürokratischen Belastungen sowie Folgen für Unternehmen frühzeitig abzuschätzen. Dies gelingt durch KMU-Tests, eine Stärkung der Befugnisse des Normenkontrollrates sowie die konsequente Mitwirkung der Interessenvertretungen der Wirtschaft, z.B. in Anhörungsverfahren. Auch bestehende Landesnormen sind auf den Prüfstand zu stellen. Kernziel sollte sein, den bürokratischen Aufwand insbesondere für kleine und mittlere sowie neugegründete Unternehmen deutlich zu reduzieren.
- **Wirtschaftsvorrang erkennen:** Nur eine gute Wirtschaftsentwicklung schafft Wohlstand. Ob bei Behördenkontakten, Genehmigungsverfahren, Gewerbeflächen oder der Infrastrukturplanung: Die Wirtschaft braucht Vorrang, wenn sie aus Thüringen heraus in der Welt bestehen soll.
- **Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen:** Die Vergabepolitik sollte vereinfacht und von vergabefremden Kriterien befreit werden, um die Effizienz zu steigern und lokale Anbieter stärker einzubinden. Es wird betont, dass das günstigste Angebot nicht immer das wirtschaftlichste ist und dass Folgekosten in Vergabeprozessen berücksichtigt werden müssen.

Finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wahren

- **Haushalt konsolidieren und Schuldenaufnahme bremsen:** Die Haushaltspolitik des Landes sollte auf die Fortsetzung der konsequenten Konsolidierung, Förderung des Wirtschaftswachstums und die Erschließung struktureller Einsparpotenziale gerichtet sein. Ferner muss eine Schuldenbremse die langfristige finanzielle Stabilität gewährleisten.
- **Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gewährleisten:** Die Finanzpolitik des Landes sollte sich konsequent an den Prinzipien der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren. Überschüsse im Haushalt sollen primär zur Schuldentilgung verwendet werden, um das Land in Krisenzeiten handlungsfähig zu halten. Auch darf die Haushaltsrücklage nicht für zusätzliche Ausgabenwünsche zweckentfremdet werden.
- **Reduktion und Vereinfachung von Förderprogrammen anstreben:** Die Anzahl und das Volumen der Förderprogramme sollen kritisch hinterfragt werden. Es müssen zeitnahe Evaluationen erfolgen, die insbesondere deren Wirksamkeit und Mehrwert untersuchen. Die Verwendung von Fördermitteln sollte sich stärker auf investive Zwecke konzentrieren und den Anteil konsumtiver Ausgaben reduzieren.
- **Personalabbau konsequent umsetzen:** Ziel einer effizienten Reorganisation hin zur modernen Verwaltung muss es sein, die Aufgabenbewältigung mit angemessener Personalquote zu decken. Thüringen leistete sich in der Vergangenheit eine, im Vergleich zu anderen Bundesländern, zu hohe Personalquote. Der hohe Ruhestandseintritt vieler Landesbeschäftigter in den kommenden Jahren darf nicht einfach zur Neubesetzung der Stellen führen, sondern sollte Anlass zur konsequenten Aufgaben-/Personalausgabenkritik sein. Der Personalabbaupfad muss daher, mit Ausnahme kritischer Bereiche wie Bildung und Polizei, weiter umgesetzt werden.

Steuerliche Entlastungen für Unternehmen schaffen

- **Steuerliche Entlastungen schaffen:** Die gute Haushaltslage sollte genutzt werden, um Unternehmen steuerlich zu entlasten. Zusätzliche Abgaben und Steuern sind angesichts der schwierigen Konjunkturlage zu vermeiden. Die Landespolitik sollte dies in ihrem eigenen Kompetenzbereich umsetzen und auch auf Bundesebene konsequent für entsprechende Entlastungen eintreten. Die Wettbewerbsfähigkeit Thüringens und Deutschlands muss sich dringend verbessern.
- **Gewerbsteuer senken:** Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sollen als Gegenwert der Leistungen der Gemeinde an die Gewerbetreibenden beachtet werden. Die Gewerbesteuer liegt in vielen Thüringer Kommunen über dem Bundesdurchschnitt, ohne dass das Angebot bzw. die Aufwendungen objektiv besser wären. Da diese Steuer ausschließlich standorttreue Unternehmen trifft, muss sie gesenkt werden, auch weil sie direkten Einfluss auf die Standortwahl hat.

Moderne Verwaltungen – ein Standortfaktor für Thüringen

Neben dem Abbau überbordender bürokratischer Belastungen und der Beschleunigung und Digitalisierung von Verwaltungsverfahren ist eine grundlegende Modernisierung von öffentlichen Verwaltungen hin zu Dienstleistern für Unternehmen und Bürger erforderlich. Die Landespolitik muss den Weg für eine digitale Zukunft ebnen, indem sie den flächendeckenden und leistungsfähigen Breitbandausbau vorantreibt und digitale Innovationen unterstützt. Ziel sollte es sein, Thüringen als einen Standort weiterzuentwickeln, der für seine Innovationsbereitschaft, Nachhaltigkeit und Wachstumsmöglichkeiten bekannt ist.

Unsere Forderungen und Positionen lauten:

Moderne Verwaltungen schaffen und Verfahren beschleunigen

- **Verwaltungsaufgaben kritisch überprüfen:** Auf allen Ebenen soll eine kritische Überprüfung der Verwaltungsaufgaben stattfinden, um Effizienz und Transparenz der Verwaltungsstrukturen und -abläufe zu steigern und zu standardisieren. Aufgabenüberschneidungen und unnötige Doppelstrukturen sind abzubauen.
- **Zertifizierungen für Verwaltungen bewerben:** Verwaltungen könnten durch Zertifizierungen wie die "Unternehmerfreundliche Verwaltung" ihre Einhaltung von Qualitätsstandards nachweisen und somit mehr Vertrauen bei Unternehmen schaffen.
- **Finanzverwaltung serviceorientiert aufstellen:** Eine serviceorientierte, digitale und wirtschaftsfreundliche Finanzverwaltung wird als wesentlicher Standortfaktor betrachtet.
- **Entscheidungsfreude und Eigenverantwortung stärken:** Ein Klima der Entscheidungsfreude und positiven Fehlerkultur soll gefördert werden, wobei Bagatellgrenzen eingeführt oder erhöht werden sollen, um Kontrollwahn zu reduzieren.

Öffentliche Verwaltung digitalisieren

- **Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen:** Ziel der Landespolitik sollte es sein, die Notwendigkeit physischer und analoger Verwaltungskontakte zu reduzieren, E-Government vollständig zu nutzen und Verfahren durch Prozessoptimierung und -digitalisierung oder der Anwendung von KI zu beschleunigen, um Bearbeitungszeiten zu verkürzen und doppelte Meldungen zu vermeiden. Das würde auch einen effizienten Personaleinsatz, Kosteneinsparungen und Probleme mit Fachkräfteengpässen verringern und den Unternehmen nutzen.
- **Cyber-Sicherheit und Resilienz fördern:** Angesichts zunehmender Cyberbedrohungen für Unternehmen sollen Prävention und Strafverfolgung von Cyberkriminalität auf die politische Agenda. Unternehmen brauchen auch im digitalen Raum ein sicheres Umfeld.
- **Digitalstrategie vorantreiben:** Digitalpolitische Kompetenzen sollen gebündelt und eine koordinierte Digitalstrategie entwickelt werden. Dabei sind die Anforderungen der Wirtschaft maßgeblich zu berücksichtigen.

Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen im Transformationsprozess schaffen

Für erfolgreiche Transformationen bei der Digitalisierung und Dekarbonisierung benötigen Unternehmen sichere und planbare Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine stabile Energieversorgung mit Energiepreisen, die die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen sichern und einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien.

Unsere Forderungen und Positionen lauten:

a) Digitalisierung

Digitalisierung der Wirtschaft unterstützen, Datenschutz mit Augenmaß schaffen

- **Digitale Bildung stärken:** Digitale Fähigkeiten sollen verstärkt in der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie an Hochschulen vermittelt werden. Das schließt die frühzeitige Nutzung digitaler Endgeräte mit ein.
- **Rechtliche und technische Rahmenbedingungen verbessern:** Die rechtlichen und technischen Voraussetzungen sollen verbessert werden, um die Potenziale von datengetriebenen Innovationen nutzen zu können. Es soll ein Fokus auf die Entwicklung von gemeinsamen europäischen Regelwerken und Standards gelegt werden.
- **Datenschutz mit Augenmaß schaffen:** Ein hohes Datenschutzniveau ist positiv, sollte jedoch mit Augenmaß erfolgen. Gegenwärtig sind viele Unternehmen, vor allem KMUs, durch bestehende Regelungen stark von Bürokratie und Rechtsunsicherheiten belastet. Es wird daher eine Entlastung der KMUs von umfangreichen Informations- und Dokumentationspflichten gefordert.

b) Energiewende

Energieversorgung absichern, Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen und wettbewerbsfähige Energiepreise schaffen

- **Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen:** Der Ausbau von Anlagen zur Bereitstellung erneuerbarer Energien soll zügig und flächendeckend ermöglicht werden. Die Ausweisung von Windvorranggebieten, Repowering-Maßnahmen und die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen sollen schnell und unbürokratisch erfolgen.
- **Ausbau und Modernisierung der Stromnetze ermöglichen:** Der Ausbau der Stromnetze muss beschleunigt und dezentrale Energieerzeugung und -versorgung ermöglicht werden.
- **Nutzung von Stromspeichern vorantreiben:** Bestehende Stromspeicherkapazitäten, wie multi-funktionale Pumpspeicherkraftwerke, sollten stärker genutzt werden.
- **Technologieoffene Lösungen priorisieren:** Forschung und Entwicklung im Energiebereich müssen von Technologieoffenheit geprägt sein.

- **Konsistenz bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beachten:** Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Gase sollen nach ihrer Umsetzbarkeit sowie ökonomischen und ökologischen Wirksamkeit beurteilt werden. Eine gesetzlich vorgegebene technologische Vorauswahl wird abgelehnt.
- **Strategieplan für Geothermie erstellen:** Eine Potentialanalyse und ein Strategieplan zur Nutzung von Erdwärme bzw. Geothermie zur Wärmeversorgung von Industrie und Gewerbe sollen erstellt werden.
- **Wasserstoffstrategien integrieren:** Alle Akteure der Wasserstoffstrategie, einschließlich Erzeuger, Transporteure und industrielle Verbraucher, sollen eng verknüpft werden. Übergangslösungen bis zum Einsatz ausreichender Mengen grünen Wasserstoffs sind notwendig und dürfen nicht durch Vorgaben gebremst oder gar verhindert werden.
- **Rechtliche Rahmenbedingungen für Eigenversorgung schaffen:** Optimale Rahmenbedingungen für die kostengünstige und stabile Versorgung bei der Umstellung auf nachhaltige Energieträger, einschließlich der Eigenversorgung von Unternehmen, sollen geschaffen werden.
- **Nichtvermeidbare Kohlenstoff-Emissionen nutzen:** Regulatorische Grundlagen für die Nutzung von Carbon Capture and Utilization (CCU) sowie Carbon Capture and Storage (CCS) sollen geschaffen werden.
- **Energiepolitik ideologiefrei umsetzen:** Es soll realistisch und ideologiefrei über alle Formen der Energieerzeugung diskutiert werden, um Klimaziele zu erreichen und bezahlbaren, verlässlichen Strom zu sichern. Moderne Atomkraft und tiefe Geothermie sollen berücksichtigt werden.
- **Klimagesetze in den Bundeskontext eingliedern:** Das Thüringer Klimagesetz darf keine Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft definieren und muss in den bundesdeutschen Kontext eingebunden werden.

Fachkräftesicherung und Bildung

Thüringen steht vor erheblichen demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die eine aktive Erschließung von Fachkräftepotenzialen erfordern, um die langfristige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region zu sichern. Trotz eines Beschäftigungswachstums in den letzten zehn Jahren, das vor allem auf Zuwanderung beruht, wird der zukünftige Arbeitskräftebedarf durch den Ruhestand heimischer Beschäftigter weiter steigen. Daher ist es entscheidend, Thüringen als attraktiven Standort für Arbeitsmigration zu positionieren und konsequent gegen Abwanderungstendenzen vorzugehen. Gleichzeitig muss die berufliche Bildung gestärkt werden.

Unsere Forderungen und Positionen lauten:

Image von Thüringen als Region zum Leben und Arbeiten erhalten und stärken

- **Positives Standortimage verbessern:** Thüringen braucht ein positives Standortimage. Nur so wird die Chance gesichert, Fachkräfte und Unternehmen in Thüringen zu halten oder anzusiedeln.
- **Migration von Fachkräften zentral koordinieren:** Einrichtung einer landesweit zentralen Ausländerbehörde sowie beschleunigte und vereinfachte Beschäftigungsverfahren für Zugewanderte müssen schnell durchgesetzt werden.
- **Infrastrukturelle Gleichwertigkeit sicherstellen:** Ausbau leistungsfähiger Infrastruktur in der zentralen Lage Thüringens, um gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen zu schaffen.

Fachkräftesicherung – heimische Potenziale besser ausschöpfen, Arbeitsmigration forcieren

- **Familienfreundliche und attraktive Region fördern:** Stärkung der Attraktivität der Region für Familien durch umfassende Kinderbetreuung und Pflegeangebote sowie Schaffung von Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand, um Thüringen für junge Menschen attraktiver zu machen.
- **Integration und Beschäftigung von Zuwanderern unterstützen:** Unterstützung der Unternehmen bei der Integration und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund, einschließlich der Erleichterung der Einstellung ausländischer Arbeitnehmer und der schnellen Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes.
- **Mittelstand und duale Ausbildung stärken:** Förderung des Thüringer Mittelstands als attraktiven Arbeitgeber und stärkere Betonung und Unterstützung der dualen Berufsausbildung.

Ausbildungsstartkompetenz gewährleisten

- **Praxisorientiertes und digitales Lernen ausbauen:** Ergänzung der Berufsorientierung an Schulen durch praxisorientiertes Lernen in regionalen Unternehmen und verstärkter Einsatz digitaler Lehrmedien.
- **Förderung und Leistungssteigerungen ermöglichen:** Ausbau des Förderunterrichts zur Verringerung von Bildungslücken und Unterstützung von Projekten zur Steigerung der Leistung und Motivation in allen Schulformen.

- **Sprachförderung und Ausbildungsstartkompetenz:** Gewährleistung eines angemessenen Sprachstands bei Kindern in Kindergärten und Einsatz von Instrumenten zur Sicherstellung der Ausbildungsreife für Bewerber aus Drittstaaten.
- **Unterrichtsausfall reduzieren und MINT-Bereich stärken:** Bekämpfung hoher Unterrichtsausfallzeiten durch Anstellung qualifizierter Lehrkräfte und Umstrukturierung des Curriculums zur Vertiefung von MINT-Interessen.

Lehrkräftelücke schließen

- **Strategiewechsel angehen:** Thüringen benötigt einen Wechsel in der Strategie zur Lehrgewinnung, der attraktive Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen kombiniert.
- **Flexibilität in der Beschäftigung verbessern:** Junge Lehrkräfte wünschen sich zunehmend Flexibilität in ihrem Arbeitsleben. Eine schnelle Verbeamtung wird weniger bevorzugt, da sie für das Land große finanzielle Verpflichtungen mit sich bringt.
- **Quereinsteiger ansprechen:** Flexiblere Zeit- und Lohnmodelle könnten Quereinsteiger effektiver für den Lehrberuf gewinnen.

Alternative Karrierewege zum Studium aufzeigen

- **Förderung der dualen Berufsbildung an Gymnasien ausbauen:** Lehrkräfte und Berufsberater sollen Wege der dualen Berufsbildung sowie Aufstiegschancen in der höheren beruflichen Bildung als gleichwertige Karriereoptionen an Gymnasien aktiv vorstellen und bewerben.
- **Angebote für Studienabbrecher schaffen:** Fach- und Hochschulen sollen das duale System Studienabbrechern als praktikable Alternative zur Hochschulausbildung aktiv anbieten.
- **Gleichwertigkeit beruflicher Abschlüsse fördern:** Die höhere berufliche Bildung, insbesondere mit den Abschlussmöglichkeiten zum Bachelor Professional und Master Professional, soll als gleichwertige Alternative zum traditionellen Hochschulabschluss positioniert werden.

Berufsorientierung stärken

- **Verankerung und Förderung der Berufsorientierung einrichten:** Integration von praxisorientiertem Lernen und Betriebsbesuchen in den Lehrplänen sowie dauerhafte Förderung von Berufsorientierungsprojekten wie Jugend-Unternehmenswerkstätten.
- **Zielgerichtete Berufswegplanung und Bildungsstandards etablieren:** Die Förderung der fachlich fundierten beruflichen Bildung, die Vermeidung unqualifizierter Beschäftigungsverhältnisse und der Einsatz für bundesweite Bildungsstandards zur besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse einzurichten.
- **Aufwertung des Schulfachs Wirtschaft und Zusammenarbeit mit Unternehmern:** Stärkung des Fachs Wirtschaft mit Fokus auf Wirtschaftsabläufe und Unternehmertum sowie Förderung des Unternehmergeists durch direkten Austausch mit Unternehmern und Schülerfirmen.
- **Frühzeitige Information über Ausbildungsmöglichkeiten sicherstellen:** Schulen sollen frühzeitig Eltern und Schüler über die Vorteile der dualen Ausbildung und regionale Ausbildungsangebote informieren.

Qualität der berufsschulischen Ausbildung in der Fläche sichern

- **Berufsschulnetz weiterentwickeln:** Das Thüringer Berufsschulnetz sollte kontinuierlich anhand seiner Bedarfe weiterentwickelt werden, um Unterrichtsausfälle, insbesondere in Fachthemen, zu vermeiden. Auch sollten Berufsschulen und Bildungsträger besser vernetzt werden, um bei Personalmangel an den Schulen entsprechende Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen.
- **Moderne Unterrichtsgestaltung einführen:** Neue Lernformen wie hybrider Unterricht sollen eingeführt werden, um Unterrichtsausfälle zu reduzieren und die fachliche Lehrqualität zu erhöhen.
- **Ergänzungslehrgängen unterstützend begleiten:** Ergänzungslehrgänge bei etablierten regionalen Bildungsdienstleistern sollen fortgeführt werden, um KMUs bei der Vermittlung praktischer Ausbildungsinhalte zu unterstützen.
- **Innovative Berufsschullehrerqualifizierung etablieren:** Neue Wege in der Qualifizierung von Berufsschullehrern sind zu etablieren, um ausreichend qualifiziertes Personal sicherzustellen.
- **Perspektiven für Quereinsteiger schaffen:** Berufliche Perspektiven für Quereinsteiger sollen durch Qualifizierungen und wettbewerbsfähige Dienstverträge geschaffen werden. Absolventen der höheren Berufsbildung sollten als Quereinsteiger zugelassen werden. Die Voraussetzung, dass Quereinsteiger zwingend zwei Fächer abdecken müssen, sollte erweitert werden, sofern Quereinsteiger in einem sehr nachgefragten Fach hochqualifiziert sind.

Selbstbestimmung der Berufsschulen fördern

- **Lehrpläne anpassen:** Berufsschulen sollten mehr Selbstbestimmung bei der Planung von Lehr- und Lerneinheiten erhalten, um Lehrpläne kurzfristig anpassen zu können.
- **Moderne Finanzierungskonzepte entwickeln:** Schulverwaltungen sollten moderne Finanzierungskonzepte entwickeln, um die Lehr- und Lernausstattung zu verbessern. Zudem sollten die Berufsschulen eigene Budgets erhalten, um notwendige Investitionen schnell und unbürokratisch tätigen zu können.
- **Kompetenzzentren entwickeln:** Regionale Berufsschulstandorte sollten zu Kompetenzzentren weiterentwickelt und eine neue Berufsschulnetzplanung etabliert werden.

Standortattraktivität und -bedingungen für Auszubildende verbessern

- **Ausreichend Wohnheimkapazitäten schaffen:** Es sollten ausreichend Übernachtungskapazitäten in den Landesfachklassen bereitstehen sowie Klarheit über die Finanzierung der Übernachtungskosten herrschen.
- **Gastschulanträge entbürokratisieren:** Die Entscheidungsverfahren zur Wahl des Berufsschulstandortes sollten unbürokratisch und schnell geregelt werden. Insbesondere in Regionen, die an andere Bundesländer angrenzen, scheint es sinnvoll, dass der Praxisteil in Thüringen, der berufsschulische Teil im angrenzenden Bundesland absolviert wird, sofern die nächstgelegene Berufsschule in Thüringen weiter entfernt liegt.